

## Terminvorschau

vom 11. bis  
16. September 1978

**Dienstag, 12. 9.**

**Fraktionssitzungen der CDU und der F.D.P.**

**Ausschuß für Jugend, Familie und politische Bildung**

Konkrete Maßnahmen zum Schutz der Jugend

**Petitionsausschuß**

Petitionen

**Mittwoch, 13. 9.**

**Ausschuß für Arbeit, Gesundheit und Soziales**

Kurortförderungsprogramm

Gesetzliche Krankenversicherung

**Wirtschaftsausschuß**

Wirtschafts- und Strukturpolitik für das Ruhrgebiet

Entstaatlichung öffentlicher Aufgaben

**Arbeitsgruppe „Sonderschulen“ des Ausschusses für Schule und Kultur**

Verbesserung der rechtlichen Situation der Sonderschulen

Gesetzliche Verpflichtung zur Errichtung von Krankenhausschulen

Regelung des Sonderunterrichts

**Ausschuß für Schule und Kultur**

Bericht des Kultusministers über die Schulsituation 1978/79

Schulverwaltungsgesetz

Festlegung von Unterrichtsinhalten

Novellierung des Lehrerausbildungsgesetzes

**Donnerstag, 14. 9.**

**Verkehrsausschuß** (Bundesbahnenzentralamt Minden)

Information über die Aufgaben des Bundesbahnenzentralamtes

Neue Netzkonzeption der Deutschen Bundesbahn

S-Bahn-Bau

Bahnübergänge

**Hauptausschuß**

Landesministergesetz

Bericht der Landesregierung über den Rechts- und Linksradikalismus

**Ausschuß für Wissenschaft und Forschung**

Zusammenführung der Pädagogischen Hochschulen mit den anderen wissenschaftlichen Hochschulen des Landes NRW

**Ausschuß für Ernährung-, Land-, Forst- und Wasserwirtschaft**

(14. bis 15. 9. in Kirchhundem-Albaum, Büren-Ringelstein und Altenbeken-Buke): Erörterung von Fragen des Aufgabenbereichs, der baulichen Ausstattung und der Personalausstattung.

**Ausschuß für Kommunalpolitik, Wohnungs- und Städtebau**

(Vom 11. 9. bis 16. 9. in Ratingen, Gronau, Holland und Belgien)

Städtebauliche Entwicklungen in Ratingen und Gronau. Moderner Städtebau und neue Formen im Wohnungsbau in Holland. Erhaltung historischer Städte in Belgien.

## Porträt der Woche

Er ist von Geburt Westfale, aber inzwischen „gelernter“ und damit überzeugter Rheinländer: Horst Henning, 1937 in Lünen geboren, lebt seit 1951 in Leverkusen. Der Zufall, besser die Nachkriegsumstände, haben ihn hierher verschlagen: der arbeitslose Vater fand in Leverkusen einen neuen Job – also zog die Familie Henning dorthin. Heute sieht Horst Henning dies als Glücksfall, denn er fühlt sich rundum wohl in seiner Wahlheimat, die inzwischen auch für den Politiker zur relativ sicheren und erfolgversprechenden Wahlheimat geworden ist.

Lehre als Laborfachwerker, dann Chemielaborant, Betriebsmeister bei der Bayer-Tochter „Erdöl-Chemie“ in Köln-Worringen – das sind die Berufsstationen, bis 1975 die Wahl in den Landtag Hennings weiteren beruflichen Werdegang stoppte. Er wurde beurlaubt mit einem Teil seiner Bezüge – Bayer ist da großzügig wie der öffentliche Dienst. Trotzdem ist er – soweit es die politische Arbeit erlaubt – oft an seinem alten Arbeitsplatz, er will den Anschluß und den Einblick in die Arbeitswelt nicht verlieren. Daher bedauert Henning die vom Bundesverfassungsgericht veranlaßte neue Diätenregelung: sie macht das Parlamentsmandat zum Beruf, schneidet den Abgeordneten dadurch möglicherweise von seinem Beruf und seiner Arbeitswelt ab. Die Gefahr: der Abgeordnete „ohne Antenne nach unten“ könnte betriebsblind werden.

Der Weg in die SPD war für Henning schon in der Familie vorgezeichnet: beide Großväter und auch Vater Henning waren Sozialdemokraten – er selbst gehörte seit 1948 den „Falken“ an. Daß er 1957 der SPD beitrug, hatte aber einen konkreten Anlaß. Da in Leverkusen – vor allem in den Randgebieten – viele Einrichtungen fehlten, wollte er über die Kommunalpolitik mithelfen, das für den Bürger Nötige zu schaffen.

Horst Henning ist ein Mann der Mitte. Er hat Marx gelesen und verarbeitet – aber ebenso auch Luther. Nach wie vor ist er Presbyter in der Evangelischen Gemeinde. Ideologie spielt für ihn eine untergeordnete Rolle. „Glückseligkeit findet im Jenseits statt, Politik braucht Realitätsbezogenheit und Augenmaß. Sie setzt ein hohes Maß an Pragmatismus voraus.“

Andererseits sieht Henning in der Solidarität zu seiner Partei eine hohe Verpflichtung. Zwar ist der Abgeordnete seinem Gewissen verantwortlich, doch „95 Prozent aller Entscheidungen haben mit Wissen und nur fünf Prozent etwas mit Gewissen zu tun“. Wenn ein Abgeordneter einer Partei- oder Fraktionsentscheidung nicht folgen kann, dann sollte er sein Mandat niederlegen, denn der Wähler wählt wohl – vor allem die Partei und erst in zweiter Linie eine bestimmte Person. Für Abwechslung hat Henning also nicht viel übrig.

Pragmatismus, Loyalität, kommunalpolitisches Engagement und Erfahrung waren das Rüstzeug, mit dem Henning



Horst Henning (SPD)

1975 sein Landtagsmandat antrat. Hilfe für den einzelnen Bürger – dazu gibt ihm die Arbeit im Petitionsausschuß Möglichkeiten. „Der Bürger soll nicht in den Mühlen der Bürokratie zerrieben werden.“ Henning möchte erreichen, daß der Ausschuß dem Bürger auch Rechtsauskünfte erteilen darf – aber dazu „muß wohl erst ein gordischer Knoten durchgeschlagen werden“.

Die kommunale Neugliederung hat Henning als Kommunalpolitiker sozusagen hautnah zu spüren bekommen, denn Leverkusen war heftig umstritten. Jetzt kann Henning sich als Landtagsabgeordneter aktiv an der Funktionalreform beteiligen – im Ausschuß für Verwaltungsreform. Dabei sieht er die widerstrebbenden Interessen, die unter einen Hut gebracht werden müssen, sehr deutlich: Die neu geschaffenen größeren kommunalen Einheiten müssen auch größere Kompetenzen bekommen. Der Bürger hat Anspruch auf Ortsnähe der Verwaltung – aber auch auf sach- und fachgerechte Abwicklung.

Seit einem halben Jahr hat Henning zusätzlich ein schwieriges Amt übernommen. Er sitzt im parlamentarischen Untersuchungsausschuß, der die Hintergründe der Poullain-Affäre klären soll. Obwohl Ausschüsse solcher Art in der Öffentlichkeit heftig diskutiert werden, hält er sie für sinnvoll. Er glaubt, daß sich durch die Ausschußarbeit erwiesen habe, wie notwendig es ist, ein so großes Kreditinstitut besser zu kontrollieren, andererseits ist er überrascht über die Leichtigkeit, mit der riesige Summen hin- und hergeschoben wurden. Und schließlich bewertet er als positiv, daß bisher keine der beteiligten Parteien versucht hat, aus dem Untersuchungsausschuß ein politisches Spektakel zu machen.

Es liegt auf der Hand, daß ihm als Familienvater nicht viel Freizeit bleibt. Er liest gerne, bestellt seinen kleinen Garten und betreibt mit Begeisterung – Ahnenforschung. Im übrigen ist die Politik sein Hobby. Das Materielle dabei ist für ihn nur von untergeordneter Bedeutung, denn: „wer an Geld denkt, sollte die Finger von der Politik lassen“.

Bernd Müller